



Schweine in Zuchtbetrieb

JENS RÜTNER / PICTURE ALLIANCE / DPA

Zum Wohl der Tiere

Landwirtschaft Minister Christian Schmidt setzt unbeirrt auf eine industrielle, umweltschädigende Agrarindustrie. Dabei raten Experten dringend zur Abkehr. Modelle für eine funktionierende, nachhaltigere Alternative gibt es bereits.

Alle Jahr wieder hat der deutsche Landwirtschaftsminister die Weltbühne ganz für sich: Stets Ende Januar, wenn er als Gastgeber zur Grünen Woche nach Berlin bittet, der wichtigsten Ernährungs- und Landwirtschaftsmesse der Welt. Es ist das Hochamt der Branche.

Wenn ein deutscher Landwirtschaftsminister also etwas Bedeutendes zu verkünden hätte, würde er das genau hier tun, im Scheinwerferlicht.

Christian Schmidt, der amtierende Minister, hat einen anderen Ort vorgezogen. Am vorletzten Tag des Jahres 2016 – der Großteil des politischen Berlins hatte sich in die Feiertage absentiert – stellte er in seinem Ministerium still und leise das „Grünbuch“ vor. Es ist nichts Geringeres als sein „Fahrplan für die zukünftige deutsche Ernährungs- und Agrarpolitik“.

Um kein anderes Thema wird gesellschaftlich so hitzig gestritten. Die Frage, was wir essen, wie Nahrung produziert wird und zu welchem Preis, erregt die Gemüter quer durch alle sozialen Schichten und Altersgruppen. Es treibt Bauern vor die Regierungssitze, Verbraucher auf die Straße, Wissenschaftler zur Verzweiflung und immer mehr Menschen aus Notwehr zum Dinkelbratling. Es ist ein unbestreitbarer Fakt: Die Art, wie wir landwirtschaften, beeinflusst die Gesundheit, die Umwelt, das Klima. Und in letzter Konsequenz das Überleben der Menschheit.

Doch der zuständige Minister lässt diese Zukunftsdebatte mal eben zwischen Tannenbaum und Silvesterböllern verschwinden wie ein Magier das Häschen im Hut. Übertroffen wird das gezielte Wegducken nur noch vom uninspirierten Inhalt des Grünbuchs. Der Fahrplan des Ministers ist, wenn man die Prosa vom „Bauer-zurück-in-die-Mitte-der-Gesellschaft“ wegstreicht, der ewig gleiche: weiter wie bisher in Richtung Agrarindustrie.

Die Agrarsubventionen sollen weiter vor allem an die Fläche gebunden sein und damit bevorzugt an Großbetriebe fließen. Der Weltmarkt, auf dem sich nur durchrationalisierte Akteure durchsetzen können, wird der Maßstab bleiben.

Nicht einmal die angekündigten Verbesserungen sind glaubhaft: „Unterstützung bäuerlicher Betriebe, besseres Essen in der Schulverpflegung, mehr Tierwohl. Schade, dass dieser Minister in den drei Jahren seiner Amtszeit fast nichts von dem, was im Grünbuch steht, umgesetzt hat“, spottet Greenpeace-Agrarexperte Martin Hofstetter.

An grundsätzliche Änderungen durch ein staatliches Tierschutz-Label, das Schmidt auf der Grünen Woche vorstellen will, glaubt nicht einmal der Deutsche Tierschutzbund: „Wir raten dem Minister dringend, endlich Taten zu zeigen. Jetzt und systemverändernd und nicht mehr, wie bis-

her, systemdeckelnd. Dazu bedarf es keiner großen Worte oder Bücher mehr, dazu muss das Recht angepackt werden. Der Minister ist als aktiver Gesetzgeber gefordert“, sagt Präsident Thomas Schröder. Er solle keine „Zeit vertun mit Semantikdebatten über Begriffe wie ‚vegane Wurst‘“.

Dieser Seitenhieb bezog sich auf einen Vorgang zwei Tage vor der Grünbuch-Vorstellung, der den Minister einmal mehr als Lobbyist der Fleischindustrie erscheinen ließ. Im Schulterschluss mit der CDU im Tierproduktionsland Niedersachsen forderte Schmidt in der „Bild“-Zeitung ein Verbot von Fleischnamen für Veggie-Produkte. Begriffe wie „vegetarisches Schnitzel“ oder „vegane Currywurst“ seien „komplett irreführend und verunsichern die Verbraucher“, sagte Schmidt. Teufliche Begriffe also, die verboten gehören, wofür er sorgen werde.

Und womit er in seiner Amtszeit wenigstens ein Problem gelöst hätte.

Die Landwirtschaft steckt in einer existenziellen Krise – ökonomisch wie gesellschaftlich. Es ist kurios: Ausgerechnet die hochsubventionierte Landwirtschaft, die kaum zu Wertschöpfung und Beschäftigung beiträgt und um die sich sogar ein ei-

Vielen Tierhaltern scheint die Empathie für die Kreatur verloren gegangen zu sein.

genes Ministerium kümmert, entwickelt sich zum Teil des Problems statt zum Teil der Lösung.

54 Milliarden Euro, 37 Prozent des gesamten EU-Haushalts, waren 2016 für die Landwirtschaft eingeplant. Das sind rund 106 Euro pro Bürger. Immer mehr von ihnen wollen die Tierhaltungsbedingungen, den Raubbau an der Natur, die Zerstörung von Grund und Boden nicht länger mitfinanzieren.

Mehr als die Hälfte der Fläche Deutschlands, insgesamt 18 Millionen Hektar, wird durch Landwirte bewirtschaftet. Obwohl deren Gehalt zu rund 40 Prozent aus den Direktzahlungen und Zuschüssen der Europäischen Union und des deutschen Staats besteht, fühlen sie sich wie Herren über das Land. Sie gehen mit dem Grund und Boden um, als wäre er ihr privates Ausbeutungsgebiet – und nicht die Nahrungsgrundlage für alle Menschen sowie die kommender Generationen.

Geht etwas schief – egal ob selbst verschuldet wie die aktuelle Milchkrise oder unverschuldet, etwa durch Wetterkapriolen –, halten sie die Hand auf. Ihre Ansprüche begründen sie mit ihrem Sonderstatus als Volksernährer. Jede Einmischung des Volkes aber wird empört abgelehnt –

obwohl die Bürger nicht nur Kunden, sondern durch die Subventionen auch Geldgeber sind.

Jeder Außenstehende, der es auf einem Bauernverbandstag wagt, Dinge wie die Tierhaltung zu problematisieren, wird gnadenlos niedergemacht. „Unsere Tiere fühlen sich wohl“, heißt es dann, „ihr habt ja alle keine Ahnung.“

Doch dann strahlt das Fernsehen, wie kürzlich geschehen, geheime Aufnahmen aus den Ställen hochrangiger Bauernfunktionäre aus, in denen verletzte Tiere ohne Hilfe vor sich hin sterben, Ferkel brutal erschlagen werden, Schweine sich gegenseitig vor lauter Verzweiflung und Platznot blutig beißen.

Man braucht „keine Ahnung“ zu haben, um zu erkennen, dass das nicht richtig sein kann. Es ist eigentümlich: Vielen Tierhaltern scheint in der durchökonomisierten Fleischproduktion die Empathie für die Kreatur verloren gegangen zu sein. Dass die meisten Tiere in nicht artgerechte Haltungssysteme gesteckt werden, dass sie statt Erde nur Beton unter den Hufen spüren und nie Sonnenlicht sehen, dass sie sich kaum bewegen können und nichts von dem ausleben, was ihnen angeboren ist, und dass sie ihr kurzes Leben lang krank sind, erscheint in der Logik der Züchter und Mäster ganz und gar schlüssig.

Damit sich die Ware nicht beschädigt, werden, ohne zu zögern, Schweineschwänze und Hühnerschnäbel gekürzt, Kälberhörner ausgebrannt. Das sei Tierschutz, glauben die Bauern. Das Tierschutzgesetz, das Tierleid ohne triftigen Grund verbietet, wird durch Ausnahmen aufgeweicht.

Wie stark die Entfremdung zwischen Tierhüter und Tier mittlerweile ist, wurde kürzlich auf einer Milchkuhtagung in Niedersachsen deutlich. Da fragte ein Bauer, ein netter Mann mit Universitätsbildung, einen Tierschutzfunktionär, warum er so vehement auf Auslauf für die Tiere poche. „Das ist für euch irgendwie ein Symbol, oder?“, fragte der Bauer. Allen Ernstes.

Der wissenschaftliche Beirat des Landwirtschaftsministeriums hat 2015 eine Bestandsaufnahme der Tierhaltung in Deutschland angefertigt. Prädikat: nicht zukunftsfähig. Als das Ergebnis vorab bekannt wurde, hatte Bundesminister Schmidt plötzlich keine Zeit mehr, an der selbst einberufenen Pressekonferenz teilzunehmen. In seinem Ministerium erzählt man sich, sein Parteichef Horst Seehofer habe ihn telefonisch zurückgepfiffen.

Das ethische ist längst nicht das einzige Problem in der Tierhaltung. In den Massentierbetrieben fällt auch massenhaft Gülle an. Darüber und über Mineraldünger gelangen zu viel Stickstoff und Phosphat in die Umwelt und belasten Wasser, Luft und Böden. Das ist lange bekannt. Trotz-

dem sind die Nitratwerte in den Intensivregionen weiter hoch – weil Deutschland keine ausreichenden Gegenmaßnahmen getroffen hat. Dass die Europäische Kommission deshalb ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet hat – egal. Offenbar zahlt der Staat lieber Strafe, als für sauberes Trinkwasser zu sorgen. Und die Strafe zahlt: der Steuerzahler.

Noch kritischer ist der wahllose Einsatz von Antibiotika. Er begünstigt die Entwicklung und Verbreitung von resistenten Mikroben bei Tier und Mensch. Zwar sinkt der Verbrauch, aber in der Landwirtschaft werden auch sogenannte Reserveantibiotika eingesetzt, die eigentlich nur nach strenger Indikation in der Humanmedizin benutzt werden sollen. Entwickeln sich auch dagegen Resistenzen, gibt es im Ernstfall keine Rettung mehr. Doch ein Verbot? Fehl-anzeige. In einigen Krankenhäusern werden Nutztierhalter bereits als Risikopatienten eingestuft. Die höheren Behandlungskosten zahlt: die Allgemeinheit.

Dazu kommt: Die moderne Landwirtschaft gefährdet auch die Artenvielfalt. Sie zerstört die Lebensräume der Feldvögel. Ihr Bestand hat sich in den letzten 30 Jahren in Europa halbiert, Tendenz steigend. Bienen finden keine ausreichende Nahrung mehr. Feldhamster haben in Deutschland inzwischen Seltenheitswert. Konsequenzen? Werden kaum gezogen.

Auch die Landwirtschaft selbst wird, durch ihre stringenten Züchtungslinien, immer uniformer. Alte Getreidesorten, die auf lokale Bedürfnisse zugeschnitten sind, verschwinden zugunsten genormter Hochleistungszüchtungen, die sich meist im Besitz von Chemie-Multis wie Bayer, Dow oder Dupont befinden. Wer ein anderes Huhn halten will als das Standard-Hybrid-Modell, muss auf den Hobbyzüchtermärkten suchen.

Weniger bekannt sind die Auswirkungen der Monokulturen auf den Boden: Der großzügige Einsatz von Pestiziden ist auch eine Gefahr für das Bodenleben. Außerdem wird die Erde von gewaltigen Landmaschinen so verdichtet, dass sie weniger Wasser aufnehmen kann. Auf 36 Prozent der Fläche ist die Bodenfruchtbarkeit bedroht, stellte das Umweltbundesamt bereits 2011 fest.

Die schwindende Humusschicht aber trägt zu einer globalen Bedrohung bei: der Klimaerwärmung. Seit den Beschlüssen der Uno-Klimakonferenz 2015 in Paris zum Stopp der Erderwärmung bei 1,5 Grad ist unabdingbar, dass auch der Agrarsektor seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten muss. Der Weltklimarat schreibt 31 Prozent der Treibhausgasemissionen direkt der Landwirtschaft zu, insbesondere der Tierhaltung, der Düngung und dem Umbruch von Flächen. Nimmt man Transport, Verarbeitung und Entsorgung von Lebensmitteln dazu, hängen welt-

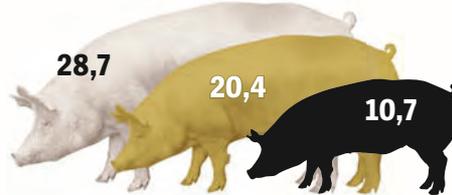
Grüne Revolution

Eckdaten der Greenpeace-Studie „Ökologische Landwirtschaft in Deutschland – 2050“

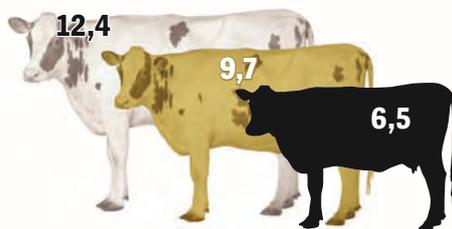
Voraussetzung für das Erreichen der Ökoziele ist u. a. eine „große Ernährungswende“: Etwa 22 % der Bevölkerung müssten sich 2050 vegetarisch, 8 % vegan ernähren.

gegenwärtig Prognose 2030 Prognose 2050

Schweine Bestand in Millionen



Rinder Milchkühe und Mastrinder, Bestand in Millionen

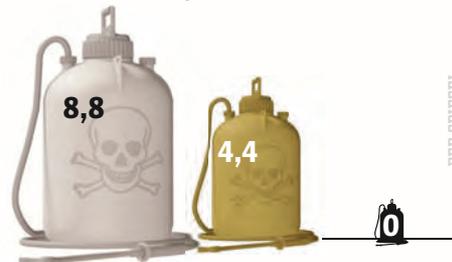


Geflügel Bestand in Millionen

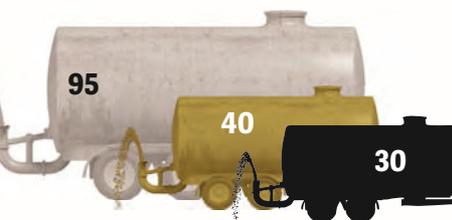


Bestandszahlen jeweils zum Stichtag, Angaben des gegenwärtigen Bestands nach der letzten Agrarstrukturerhebung

Pestizideinsatz in kg/ha



Stickstoffüberschuss (aus Düngung, Gülle) in kg/ha



Wasserqualität Oberflächengewässer in gutem Zustand



weit fast 40 Prozent der Treibhausgase mit der menschlichen Ernährung zusammen.

Angesichts der verheerenden Folgen, die die industrielle Landwirtschaft nach sich zieht, bleibt nur ein Schluss: Das gesamte System ist falsch, krank und hochgradig pervertiert. Die Krönung des Wahnsinns aber ist, dass viele Bauern trotz der Ökonomisierung ihres Berufs kaum noch von ihrer Arbeit leben können.

Seit sie sich auf den Exportmarkt begeben haben, müssen die deutschen Landwirte mit den niedrigen Weltmarktpreisen konkurrieren und tragen selbst zum immer größeren Angebot und sinkenden Preisen bei. Mittlerweile ist Deutschland der drittgrößte Agrarexporteur der Welt, ein Viertel der Produktion wird in Länder verkauft, die nicht Mitglied der EU sind. Doch auch daheim wollen Molkereien, Schlachthöfe und Lebensmittelhändler weniger bezahlen.

Das Kalkül, im Ausland reich zu werden, ist bislang nicht aufgegangen. Die Nachfrage Chinas nach Milch und Schweinen wird sich legen, und ob andere Schwellenländer langfristig kaufen, weiß niemand.

Derweil sinkt das Einkommen der Landwirte stetig. Immer mehr kleine und mittlere Betriebe geben auf und werden von Großbetrieben oder branchenfremden Investoren aufgekauft, die Land als Anlageprodukt entdeckt haben. Bäuerliche Idylle könnte bald nur noch auf den Aufdrucken der Milchkartons zu finden sein.

Eine große Schar von Wissenschaftlern auf der ganzen Welt fordert seit Jahren die Abkehr von dieser Art der Agrarproduktion. Doch das Spiel geht unbeirrt weiter. Nur so könne man die steigende Weltbevölkerung ernähren, behaupten die Akteure. Ein Land allein könne keinen Vorstoß wagen, sagen Politiker. Und Christian Schmidt schreibt ein Märchen in sein Grünbuch: „Wir erleben 2030 eine Landwirtschaft, die Verantwortung für das Tier und die Umwelt übernimmt und dabei ihre wirtschaftlichen Chancen nutzt.“

Das aber kann nur gelingen, wenn er seine Strategie sofort und grundlegend korrigiert. Zu diesem Ergebnis zumindest kommen Agrarexperten verschiedener Nichtregierungsorganisationen, die die Landwirtschaft einer schonungslosen Fehleranalyse unterworfen haben und das machen, was die Politik eigentlich leisten müsste: Lösungsvorschläge erarbeiten und Wege aus dem Irrsinn finden.

Greenpeace hat vom Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) eine 110 Seiten starke Studie erstellen lassen, die dem SPIEGEL vorliegt. Das Ziel war: der Entwurf eines Landwirtschaftsmodells, das bis zum Jahr 2050 die Klimagase um die Hälfte reduziert, eine für die rund 80 Millionen Deutschen ausreichende Menge ge-

sunder, hochwertiger Lebensmittel erzeugt und gleichzeitig die Umwelt schützt.

Das Ergebnis stimmt hoffnungsfroh: Nach Auffassung der Wissenschaftler kann genau das erreicht werden – trotz niedrigerer Erträge, reduzierter Ackerfläche und niedrigerer Importe. Es brauchte allerdings einen kompletten Wandel der Landwirtschaft plus eine Ernährungswende: Der Fleischkonsum müsste bis 2050 mehr als halbiert und die Lebensmittelabfälle um die Hälfte reduziert werden, sonst gehe die Rechnung nicht auf.

Das Greenpeace-Modell legt 30 Prozent biologische und 70 Prozent ökologisierte konventionelle Produkte zugrunde. Statt der Exportorientierung ist der Maßstab die 100-prozentige Selbstversorgung der Bevölkerung; nur bei Obst und Gemüse kann die Hälfte zugekauft werden.

Die Vorschläge, was getan werden müsste, lesen sich wie der Gegenentwurf zum Status quo:

- ▶ Es würden nur noch so viele Nutztiere gehalten, wie zur Erzeugung von Milch und Fleisch für den heimischen Markt benötigt werden. Die würden dafür aber artgerecht gehalten werden. Die Jahresleistung einer Kuh soll auf dem jetzigen Stand von durchschnittlich 7400 Kilogramm Milch verbleiben und nicht weiter gesteigert werden, die Zahl der Eier pro Henne soll auf 230 statt 295 reduziert werden und eine Sau soll nur noch zweimal im Jahr werfen. Beim Geflügel würde man auf Zweinutzungsrasen zurückgreifen, damit fiele etwa das Schredern der männlichen Küken weg. Außerdem sieht das Modell regionale Obergrenzen für Tierbestände vor.
- ▶ Weniger Tiere bedeuten weniger Futter – womit Äcker frei werden würden, die bislang für den Anbau von Futter genutzt wurden. 60 Prozent der heutigen Fläche dient diesem Zweck. Für die Tiermast sollte kein Soja aus Übersee mehr eingekauft werden, es sollte ausschließlich aus der Heimat beziehungsweise Europa stammen. So verhindert man klimaschädlichen Anbau von Soja-Monokulturen und weite Transporte.
- ▶ Auch auf chemisch-synthetischen Pflanzenschutz will man in der neuen Landwirtschaftswelt verzichten. Der daraus folgende Ertragsrückgang von rund 40 Prozent müsste auch dadurch ausgeglichen werden, dass weniger Nahrung weggeschmissen wird, auch schon in der Produktion. Derzeit landet rund ein Drittel aller erzeugten Lebensmittel im Müll.
- ▶ Mit einer gezielteren Düngung will man die Einbringung von Stickstoff im Boden reduzieren. Zum Artenschutz würden ökologische Vorrangflächen geschaffen und Moore renaturiert. Auf 15 Prozent der Äcker dürfte keine Lebensmittelproduktion stattfinden.

▶ Als klimaschonende Maßnahmen würde darauf geachtet, kohlenstoffreichen Humus zu belassen, die Tierbestände zu verringern und Stickstoff gezielter einzusetzen.

▶ Die politische Ausrichtung auf die Förderung von Milch und Fleisch würde umgehend beendet. Steuerliche Fehlanreize, wie die Agrardieselverbilligung oder die Mehrwertsteuerverbilligung für Fleischprodukte, liefen aus. Und die EU-Gelder sollten ab 2020 nur noch dafür genutzt werden, den Umbau systematisch voranzutreiben. Die Direktzahlungen dürften nicht mehr wie bisher an die Fläche gebunden werden, sondern würden nur noch für qualifizierte ökologische Leistungen erfolgen.



Agrarminister Schmidt

Prädikat: nicht zukunftsfähig

Das Zukunftsmodell mag noch nicht bis ins letzte Detail ausgearbeitet sein, auch die Kosteneffekte sind nicht berücksichtigt. Trotzdem haben die Umweltschützer schon jetzt mehr getan als der Bundeslandwirtschaftsminister: Sie haben Zeit, Geld und Mühe investiert, um die Blaupause für eine gesellschaftlich akzeptable Landwirtschaft zu entwerfen, die Ressourcen für die kommenden Generationen bewahrt.

Und sie stehen nicht allein. Im Auftrag des EU-Parlamentarier Martin Häusling (Grüne) haben Agrarexperten von Germanwatch Vorschläge für eine Neuausrichtung der europäischen Agrarpolitik erarbeitet. Sie sind in Sachen Direktzahlungen, Tierbestand und -haltung, Fleischkonsum, Produktionsdrosselung, Exportstrategie und vielem mehr zu nahezu identischen Lösungen gekommen wie die Experten im Auftrag von Greenpeace.

Der Dreh- und Angelpunkt für eine Neuausrichtung sei die Ausgestaltung der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik, analysieren Reinhild Benning und Tobias Reichert in dem 80-seitigen Germanwatch-Bericht, der am kommenden Donnerstag in Berlin vorgestellt wird. Bisher enthalte der Großteil der Subventionen eine schädliche Wirkung auf die Artenvielfalt, den Tier- und den Klimaschutz.

Wie sehr das System aus dem Ruder gelaufen ist, belegen die Autoren an einem eindrücklichen Beispiel: Die gesellschaftlichen Schäden für Gesundheit, Umwelt, Artenvielfalt und Klima, die durch die Überdüngung mit Stickstoff entstehen, sind größer als die daraus resultierenden Erträge der Landwirte. „So zahlt die Gesellschaft zweimal: für die Agrarsubventionen und die Nachsorge.“

Wer von dem alten System profitiert, damit haben sich unter anderem der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND), die Heinrich-Böll-Stiftung und Oxfam gemeinsam auseinandergesetzt. Kommende Woche veröffentlichen sie erstmals den „Konzernatlas“ mit Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie.

Darin beschreiben sie die Global Player des internationalen Agro-Business, schildern die Tricks der Landgrabber und Saatgutkonzerne, räumen mit dem Argument auf, dass der Hunger in der Welt nur mit Chemie zu bekämpfen sei.

Für den Mitinitiator und BUND-Vorsitzenden Hubert Weiger ist die Bilanz der deutschen Agrarpolitik der zurückliegenden Jahre verheerend. „Beim Thema Glyphosat, beim Düngerecht und beim Tiererschutz: Agrarminister Schmidt macht sich jedes Mal zum Sprachrohr der Agrarindustrie“, sagt Weiger.

Jüngstes Beispiel: Vergangenen Donnerstag torpedierte Schmidt den Vorstoß des Umweltbundesamts, die Mehrwertsteuer auf Milch und Fleisch wegen der klimaschädlichen Folgen der Viehhaltung zu erhöhen. Er wolle „den Bürgern nicht durch Strafsteuern vorschreiben, was auf den Tisch kommt“, so Schmidt.

Für Weiger ist klar: „Der Landwirtschaftsminister hat es nicht geschafft, sich gegen die Lobby der Agrarchemie- und Futtermittelindustrie durchzusetzen.“ Statt für nötige Reformen zu kämpfen, halte er lieber, wie auf der Grünen Woche vor zwei Jahren, für das ZDF-Satiremagazin „heute-show“ ein Schild mit „Je suis Greußener Salami“ hoch.

Das immerhin gibt es auch nicht alle Tage: einen Politiker, der sich selbst als Würstchen präsentiert. Michaela Schießl



Animation:

Deutschland, ein Bauernstaat

spiegel.de/sp022017landwirtschaft
oder in der App DER SPIEGEL